

EDITORIAL

»Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft«. Zum neuen Untertitel der PROKLA

Das vorliegende erste Heft des Jahrgangs 1992 der PROKLA trägt nicht mehr den Untertitel »Zeitschrift für sozialistische Politik und politische Ökonomie«. Auch die Langform des Akronymes PROKLA wird nicht mehr auf der Innenseite des Umschlags genannt. Der Titel »Probleme des Klassenkampfes« wird verabschiedet. PROKLA - das ist nun die »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft«. Offensichtlich ist damit keine klammheimliche Anpassung an den wendigen Zeitgeist intendiert, sondern die adäquatere Bezeichnung eines Programms, dem sich die PROKLA schon länger verpflichtet fühlt; die letzten zehn Jahrgänge (mindestens) zeigen es. Jüngere Leser der Zeitschrift haben sowieso zu meist nicht bewußt vermerkt, daß sich hinter dem sinnsperrigen, aber leicht von den Lippen gehenden Wörtchen PROKLA die »Probleme des Klassenkampfes« verbergen.

Angefangen hatte die Zeitschrift 1971 als »Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik« - nachdem viele ihrer Gründer aus der Zeitschrift »Sozialistische Politik« (eingegangen 1976) hinaus katapultiert worden waren; sie weigerten sich, den SEW/SED-nahen Kurs der damaligen Redaktionsgruppe mitzumachen. Der Name der Zeitschrift allerdings knüpfte an der Tradition der »Sozialistischen Politik« an, die wiederum aus der am Otto-Suhr-Institut in den 60er Jahren herausgegebenen »Berliner Zeitschrift für Politologie« hervorgegangen war. Das ist eine Geschichte, die noch aufzuarbeiten ist.

»Probleme des Klassenkampfes« - das verweist auf die Emphase des politischen Aufbruchs der Studentenbewegung, auf die Welle der Klassenkämpfe (ohne Anführungszeichen) in Westeuropa, auf die spontanen Streiks nach so vielen sozialpartnerschaftlichen Jahren, formierter Gesellschaft und konzertierter Aktion in der Bundesrepublik und auf die Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt«, vor allem mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk. »Klassenkampf« - das war für die Linke vor mehr als 20 Jahren kein leeres Wort. Der Begriff und die Realität der »Klasse« wurden daher nicht nur in der PROKLA zum Gegenstand der Analyse, und auch was »Kampf« sein könnte, schien an historischem Ort und in sozialer Form eindeutig bestimmbar zu sein.

Zwar hatte sich die PROKLA nie einer der schnell gegründeten »Arbeiter«-Parteien verschrieben oder sich als Apologetin einem der »real existierenden« Sozialismen angetragen. Dennoch war das politische Ziel - Sozialismus - unbestritten; ebenso wie das »revolutionäre Subjekt« - die Arbeiterklasse. Der Weg zum Ziel war eindeutig: Klassenkampf. Die Intellektuellen, die den Klassenkampf nicht unmittelbar führen konnten, wollten wenigstens dessen »Probleme« bearbeiten,

dem revolutionären Subjekt die geistigen Waffen in die Hand geben. »Sozialistische Politik«, das war eben die Antwort auf die »Probleme des Klassenkampfes«. Und das entscheidende wissenschaftliche Instrument zur Lösung dieser Probleme wurde in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie gesehen. Daher handelte es sich bei »politischer Ökonomie und sozialistischer Politik« schon fast um einen Pleonasmus. Nur so ist es zu verstehen, daß die »Probleme des Klassenkampfes« in der ersten Nummer eine lange Analyse der Weltwährungskrise (nach einem eher ephemeren Ereignis, nach dem Ende der Goldkonvertibilität des Dollar im August 1971) brachten und als erstes Sonderheft eine bereits in der »Sozialistischen Politik« erschienene Abhandlung zur »Sozialstaatsillusion« publiziert wurde, die die »deutsche Staatsableitungsdiskussion« einleitete. Das Programm der Aufarbeitung der PROBLEME des Klassenkampfes wurde ernst genommen, der Blick über den Horizont der Tagesfragen mit dem Teleskop der Theorie ausgeweitet.

In der ersten Hälfte der 70er Jahren war die Arbeiterklasse keineswegs revolutionär, aber es gab immerhin eine breite linke Bewegung unter Intellektuellen, Studenten, Schülern, Lehrlingen. Aus linken Studenten wurden Assistenten, Lehrer und zuweilen auch Professoren, so manche Gewerkschafts- und Betriebsgruppe wurde von den Ausläufern der Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung beeinflusst und der Kulturbetrieb war schon immer etwas linkslastiger. Um Adressaten brauchte sich die PROKLA daher nicht zu sorgen. Die Zeitschrift verfolgte mit ihren Mitteln des theoretischen Eingriffs ein politisches Projekt - und sie konnte an den vielen und verschiedenen Versuchen ansetzen, ein sozialistisches Projekt zu »rekonstruieren«.

Viele der linken Intellektuellen, die den langen Marsch durch die Institutionen angetreten hatten, machten es sich dort entweder bequem oder sie wurden durch die alltäglichen Mühen und Mühlen der Bürokratie vollbeschäftigt und zermahlen; andere gaben die Hoffnung auf die ganz großen Umbrüche auf, bemühten sich redlich - und oft auch erfolgreich - um Reformen in ihren Arbeitsbereichen und Tätigkeitsfeldern; nicht wenige fielen unter das Berufsverbot, mit dem seit Januar 1972 die politische Klasse der BRD auf die stärker gewordene und außerparlamentarische, also gegenüber den institutionellen Integrationstendenzen resistente Linke, reagierte. Bereits Mitte der 70er Jahre wirkte der revolutionäre Impetus, der sich hinter der Formulierung »Probleme des Klassenkampfes« verbarg, anachronistisch, als Pathos einer vergangenen Epoche. Mit dem Heft 22 erschien dann auch nur noch die (inzwischen gängig gewordene) Abkürzung PROKLA auf dem Titelblatt, aber immerhin noch mit dem Untertitel »Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik«. Die Diskussion der Probleme des Klassenkampfes in der Zeitschrift dieses Namens hatte keineswegs die begriffliche und politische Sicherheit der Rede über »Klassen« und deren »Kampf« erhöht. Die Zweifel drückten sich im Verzicht auf die Emphase und die Beschränkung auf das Akronym PROKLA aus.

Inzwischen war unübersehbar geworden, daß die gesellschaftlichen Konfliktli-

nien eben nicht nur entlang des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital verliehen. Die Frauenbewegung setzte die Geschlechterfrage auf die Tagesordnung und die Anti-AKW-Bewegung thematisierte das gesellschaftliche Naturverhältnis. Zudem wurde deutlich, daß die Linke die Flexibilitäts- und Reformpotentiale des Kapitalismus unterschätzt und die Entwicklung tragfähiger Alternativkonzepte, »realer Utopien und Visionen« über die Kritik des real-existierenden Kapitalismus vernachlässigt hatte. Zugleich verwandelte sich die frühere, unreflektierte Erwartung, mit der Marxschen Theorie, einen Zugang zur Lösung der meisten Probleme dieser Welt gefunden zu haben, in Skepsis; eine Reihe von Intellektuellen reagierte mit einer unreflektierten Ablehnung »des« Marxismus, die sich bald auf alle »Großtheorien« ausdehnte.

Diese Liquidatorenhaltung der neuen Paulusse aus dem saulinischen ML-Spektrum war PROKLA-Sache nicht. Sie versuchte am Anspruch kritischer Gesellschaftsanalyse in emanzipatorischer Absicht festzuhalten. Die Verbindung zu den politischen und (neuen) sozialen Bewegungen wurde dabei lockerer: aus einem politischen Projekt mit wissenschaftlichem Anspruch war eine wissenschaftliche Zeitschrift mit politischem Anspruch geworden. Das war wohl unvermeidlich, ein Reflex der Veränderungen der Linken in der BRD. Zwar nahmen ökonomische Fragen auch weiterhin einen gewichtigen Raum ein, aber längst war die PROKLA keine Zeitschrift ausschließlich für politische Ökonomie (und deren Kritik) mehr. Diese Tendenz zur Verbreiterung des Themenspektrums (und der »Internationalisierung« der Autoren) verstärkte sich dann nochmals in den achtziger Jahren. Nur als Beispiel seien einige Schwerpunktthemen der letzten Jahre genannt: Intellektuelle, Flexible Individuen, Macht des Wissens, Politische Generationen.

Mit dem neuen Untertitel »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« werden also Veränderungen, die in der PROKLA schon längst stattgefunden haben, auch nach außen dokumentiert: weder kann heute »Klassenkampf« der einzige Bezugspunkt einer emanzipatorischen Politik sein, noch gibt es eine klar definierte Vorstellung von »sozialistischer Politik« oder »Sozialismus«, die nur noch »wissenschaftlich« zu differenzieren und zu begründen oder politisch-projektiv zu konkretisieren wäre. Es bleiben die Verpflichtungen eines Emanzipationsprojektes. Die Publikationsstrategie der PROKLA ist auf die Überwindung von Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung und die Verallgemeinerung von Demokratisierung, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit ausgerichtet. Es bleibt ein Anspruch, der schwer einzulösen ist in »unübersichtlichen Zeiten«.

»Probleme des Klassenkampf« - dieser Titel suggerierte Eindeutigkeit, Klarheit, also alles andere als Probleme mit der pluralen Verfaßtheit und den vielschichtigen Dimensionen von Konflikten in modernen Gesellschaften. Die (1991, 1937 oder schon mit der bolschewistischen Ausschaltung von Räten und Arbeiteropposition?) gescheiterte russische Revolution kann allein unter dem Rubrum »Klassenkampf« nicht angemessen debattiert werden. Die neue Realität von Neoliberalismus, Rassismus, von durch Armut oder ökologische Schäden erzwun-

gener Migration hat natürlich auch mit Klassenkampf zu tun, aber ist sie in den mit diesem Begriff assoziierten Kategorien angemessen zu begreifen? Gesichert ist die Erkenntnis, daß die marktgesteuerte Selbstorganisation der Ökonomie, zumal im globalen Maßstab, nicht oder nur als Zufallsprodukt zur Annäherung an mehr soziale Gerechtigkeit, an politische Demokratie und ökologische Verträglichkeit führt. Ein »ziviler« Kapitalismus, der sich so selbstbewußt nach dem Zerfall der realsozialistischen Gesellschaften in den Industrieländern in Szene setzt, existiert in den meisten Ländern dieser Erde nicht. So lange die Mehrheit der Menschheit in Armut lebt (und so lange Armut, Not und extreme Ungleichheit in unserer entwickelten Gesellschaft weiter existieren), so lange Kriege nicht gebannt, sondern nach dem Ende des Kalten Krieges als führbar konzipiert und als Mittel der Politik - wie am Golf - eingesetzt werden, so lange die Bedrohung des Ökosystems Erde durch die Praktiken der Menschen im westlich-fordistischen Zivilisationsmodell nicht aufhört, bleiben der Kampf um grundlegende Reformen eine politische und die Kritik der bestehenden Zustände eine wissenschaftliche Aufgabe. Es ist keineswegs ausgemacht, daß notwendige Reformen nicht militant vertreten und die Kritik nicht radikal vorgetragen werden müssen, im Gegenteil: Reformismus ist nur erfolgreich, wenn er militant ist und Kritik ist nur ernstzunehmen, wenn sie Unübersichtlichkeit nicht mit Unverbindlichkeit verwechselt - also radikal bleibt.

Zu diesem Heft

Die Konferenz der Vereinten Nationen zu »Umwelt und Entwicklung« (UNCED) im Juni diesen Jahres in Rio de Janeiro gehört zweifellos zu den international meistbeachteten politischen Veranstaltungen der letzten Jahre. Die mit der UNCED verbundenen Erwartungshaltungen sind äußerst unterschiedlich ausgeprägt. Die einen vermuten das baldige Ende des »ökonomischen Jahrhunderts«, gekennzeichnet durch Wachstumsfetischismus, soziale Verteilungskämpfe und den Kampf der Systeme zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der sich ebenfalls auf das Feld der Ökonomie konzentrierte, und prognostizieren das Anbrechen des »ökologischen Jahrhunderts«. Die Hoffnung richtet sich auf eine neue Nord-Süd-Debatte, frei vom ideologischen Blockdenken der Ära des Kalten Krieges, deren solides Fundament die gemeinsame Sorge um das globale Ökosystem sein könnte. Andere interpretieren die internationale Umweltdebatte eher als eine dritte Welle des Kolonialismus. Zuerst kamen die Armeen, dann die multinationalen Konzerne und die internationale Wirtschaftsordnung - und nun die »Ökologisierung«, in Form von Giftmülltransporten und Behinderungen nachholender Entwicklung im Süden, um das fragile globale Ökosystem zu schonen und ökologische Anpassungszwänge in den Industrieländern hinauszuzögern. Die

ökonomische Dominanz des Nordens wird nun - so die Argumentation aus dieser Perspektive - mit umweltpolitischen Argumenten und Instrumenten weiter verfestigt.

Beide Sichtweisen können erst einmal eine gewisse Plausibilität für sich verbuchen. Tatsächlich spricht einiges dafür, daß die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft um den Themenkomplex Umwelt, Klima und Energie kreisen werden, daß auf diesem Feld technologische, organisatorische und soziale Innovationen zu erwarten sind und angesichts der globalen und endemischen Ausmaße der Umweltzerstörung Kompromißlinien zwischen Ökonomie und Ökologie sowie zwischen Nord und Süd gefunden werden *müssen*. Der Zwang der Verhältnisse macht rasche Umorientierungen notwendig und UNCED könnte als ein Ausdruck des international gestiegenen Umweltbewußtseins interpretiert werden. Optimismus scheint auch begründet zu sein, angesichts des beachtlichen Kenntnisstandes über Ursachen, Folgen und Dynamik der Umweltzerstörung. Jeder Abiturient weiß heute so gut über die Zusammenhänge zwischen Ozonloch und Klimaveränderungen Bescheid, wie die 68er-Bewegten über das Marxsche Wertgesetz. Faktischer Handlungsdruck und das weit verbreitete Wissen um die Dynamik der Umweltkatastrophe scheinen günstige Bedingungen für beherzte Reformen zu schaffen. Wenn dann selbst Umweltminister Töpfer während einer Tagung über »Die öko-nomische Revolution« auf den Punkt bringt, was alle eigentlich längst wissen sollten, aber sich viele dennoch wegen der weitreichenden Konsequenzen nicht recht zu sagen trauen, daß nämlich der Reichtum der Industrieländer auf einer »Wohlstandslüge« basiere und die Länder des Nordens »ökologische Schulden« in der Dritten Welt angehäuft hätten, dann scheint der sozial-ökologischen Domestizierung der Marktwirtschaft kaum noch etwas im Wege zu stehen. Doch Vorsicht: Ein einseitig auf funktionale Imperative abstellender ökologischer Entwicklungsoptimismus übersieht rasch Diskontinuitäten, Ungleichzeitigkeiten, widersprüchliche Interessenskoalitionen, langfristig irrationale, aber möglicherweise kurzfristig begründete Handlungsstrategien und gerät so leicht ins Fahrwasser gleichgewichtstheoretischer Analysen, die nur noch Konflikte wahrzunehmen vermögen, die innovativ für eine Verbesserung des Gesamtsystems sorgen.

Umweltbewußtsein versus Umweltverhalten

Bei nüchterner Betrachtung stößt man auf Argumente, die gegen schnelle Durchbrüche zum »ökologischen Jahrhundert« sprechen. Nachdenklich stimmt zum Beispiel das weite Auseinanderklaffen von Umweltbewußtsein und Umweltverhalten, das sowohl bei politisch und wirtschaftlichen Verantwortungsträgern als auch in der Gesamtbevölkerung anzutreffen ist. Die Gleichung, daß Smog sowie andere Umweltschäden und -risiken generell jeden (be)treffen und in diesem Sinne quasi als »demokratische Phänomene« begriffen werden könnten, was die Ent-

wicklung von »Gegengiften« (Beck), kollektiven Krisenlösungsstrategien einfacher erscheinen lasse, als zum Beispiel bei sozialen Verteilungskonflikten, die stets eindeutige Gewinner und Verlierer kennen und daher kooperative Lösung erschweren, scheint nicht unbedingt aufzugehen. Die Entkopplung von Umweltbewußtsein und Umweltverhalten kann auf zwei Verursachungskomplexe zurückgeführt werden.

Erstens scheint die Verantwortlichkeit eines jeden für die zunehmende Umweltzerstörung den Reform- und Handlungsdruck zu unterminieren und für Umweltbewegungen eher demobilisierende Wirkungen zu implizieren. Erst sukzessive wurde im Verlauf der letzten Dekaden der systemische Charakter der Degradierung der Umwelt deutlich. Um es stilisiert zu beschreiben: noch in den 60er Jahren ging es um *Umweltverschmutzung* und die Frage wie Rowdies davon abgehalten werden könnten, ihren Hausmüll, Autoreifen und verschlissene Kühlschränke im schönen deutschen Wald abzuladen. Die Gruppe der Umwelttäter war begrenzt, es handelte sich um unverbesserliche Störenfriede. In den 70ern erweiterte sich der umweltpolitische Horizont, und die Kernenergie geriet zum Streitobjekt Nummer eins. Die Gefahr, mit modernsten, zivilen Technologien die atomare Selbstvernichtung vorzubereiten, machte auf den ambivalenten Charakter von Technologie aufmerksam und die Technologiekritik nahm zu. Auch hier waren die »Täter« noch relativ klar abzugrenzen. Die Atommafia verdiente an der hochexplosiven Energiegewinnung und der Atomstaat subventionierte diesen Entwicklungsweg und sicherte ihn durch seine Repressionsmöglichkeiten sicherheitspolitisch ab. Die 80er Jahre brachten einen qualitativen Wandel in der Ökologiediskussion. Nun geriet die Umweltproblematik als ein Politikfeld ins Visier, das alle gesellschaftlichen Bereiche umfaßt und durchdringt. Ob Produktions- und Konsummuster, Tourismus, Städteplanung, Welthandel und Technologietransfer, Umweltzerstörung wurde als Systemmerkmal moderner Gesellschaften begriffen, die mit dem Export ihres Vergesellschaftungsmodells zur Globalisierung des Ökologieproblems beitragen. Die vielfältigen, oft nicht vorhersehbaren Ursache-Wirkung-Zusammenhänge, Rückkopplungs- und Kumulationseffekte, die zum Beispiel von der Enquete-Kommission des Bundestages zur Klimaproblematik herausgearbeitet wurden, erschweren ebenso die Lokalisierung von »Umwelttätern« wie die »einfacher Wege« aus der Krise. Eine konsequente Anwendung des Verursacherprinzips zur Reduzierung der Umweltzerstörung trifft nicht mehr nur Minderheiten sondern große Mehrheiten der Bevölkerung in den Industrieländern. Zur Disposition steht ein Zivilisationsmodell, das in den vergangenen 30 Jahren vielen beachtliche Wohlfahrtseffekte bescherte.

Die steigende Anzahl von »Umwelttätern« und die Einsicht in die gesellschaftliche Sprengkraft des Ökologieproblems, das umfassende Veränderungen unserer Produktions- und Konsummuster erzwingt, produziert eher konservative Präferenzen und stärkt soziale Trägheitsmomente. Die Diskussionen über zukünftige Verkehrssysteme und das tatsächliche Verkehrsverhalten sind ein Beispiel. Auf einer abstrakten Diskursebene besteht in der Bundesrepublik große Einigkeit da-

rin, daß der Individualverkehr an seine Grenzen stößt und zurückgedrängt werden muß zugunsten des Ausbaus öffentlicher Verkehrssysteme; von dieser Bewußtseinslage völlig unbeeindruckt wächst der nun gesamtdeutsche Autopark jedoch stetig. Wenn Menschen mit einem endlichen Zeithorizont in die Zukunft sehen, oder wenn sie künftige Möglichkeiten einschließlich ihrer Veränderungsrisiken abschätzen, ist es offenbar nicht unwahrscheinlich, daß sie die zugegebenermaßen unbefriedigende Situation den potentiell langen Übergangskosten bis zur Herstellung einer neuen stabilen Situation und den unbekanntem Risiken eines Alternativkonzeptes (z.B. Mobilitätsverlust, steigende Kosten für Mobilität) vorziehen. So entstehen mehrheitsfähige konservative Präferenzen, obwohl der aktuelle Zustand als problematisch, vielleicht gar als unhaltbar angesehen wird. Die hektischen Diskussionen um den Schutz des lateinamerikanischen Regenwaldes sind wohl Ausdruck dieser Ambivalenz von Wissen um die »objektive Notwendigkeit« von durchgreifenden Umweltreformen und konservativen Präferenzen, um die Gefährdung eigener Privilegien abwenden zu können. Die Anpassungskosten der ökologischen Krise sollen noch einmal auf den Süden abgeschoben werden, um den Anpassungsdruck im Norden zu reduzieren. Im Vorfeld der UNCED ist die Instrumentalisierung der Umweltkonferenz als »Urwaldschutzkonferenz«, die sich zum Beispiel der »Einheitskanzler« gewünscht hatte, um mit einigen Millionen DM als Retter der Regenwälder auftreten zu können, bereits gescheitert. Die UNCED wird zu einer Energie- und Klimakonferenz, auf der von der Hauptverantwortlichkeit des Nordens für die globalen Verwerfungen des Ökosystems die Rede sein wird. Damit sind die Diskussionskoordinaten richtig gesetzt, die Chancen auf greifbare Erfolge der UNO-Tagung jedoch eher gesunken.

Zweitens wird der ökologische Reformdruck reduziert, weil es entgegen der Annahme von der Gleichverteilung der ökologischen Risikolasten auch im Umweltverteilungskampf Sieger und Verlierer gibt. Klaus Meyer-Abich, Naturphilosoph und Mitglied der Klima-Enquetekommission im Bundestag, kommt bei seinen Untersuchungen zu den Folgen des Treibhauseffektes zu dem Schluß, daß die Industrieländer, als die Hauptverantwortlichen für die zu erwartenden Klimaveränderungen, sogar die Gewinner sein könnten, weil eine globale Erwärmung zumindest in einigen Regionen des Nordens eher günstigere klimatische Bedingungen schaffen wird. Vieles spricht dafür, daß der Süden die Hauptlast der unmittelbaren Folgen der Klimaverschiebungen tragen müssen, ganz davon zu schweigen, daß die finanziellen Möglichkeiten, sich gegen ökologische Risiken zu schützen, natürlich geringer sind.

Eine genaue Analyse von Interessenlagen und eine Gewichtung der Gründe die für und gegen einen hohen ökologischen Handlungsdruck sprechen, ist also notwendig, um Reformspielräume für den ökologischen Umbau im Norden und einen fairen Ausgleich zwischen den reichen und den armen Nationen genau zu

verorten. Frank Beckenbach beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Verteilungsdimension der Ökologieproblematik.

Ökonomie und Ökologie

Das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie ist ein weiterer Schwerpunkt dieses Heftes. Seit Jahren ist - je nach politischem Standort - viel die Rede vom notwendigen »Ökologischen Umbau der Industriegesellschaft«, der »Ökologisierung der Ökonomie« oder auch den Übergang zu einer »öko-sozialen Marktwirtschaft«. All diesen Konzepten liegt die Hoffnung auf die grundsätzliche Versöhnbarkeit von Ökologie und Ökonomie zugrunde sowie die implizite Prämisse, über Bedingungen wirtschaftlicher Entwicklung einigermaßen profunde Kenntnisse zu besitzen, so daß es primär darum gehe, die jeweiligen ökonomischen Diskurse, Theorien und Politikkonzepte mit einer »ökologischen Dimension« zu versehen.

Dabei scheint nicht viel Substantielles herausgekommen zu sein. Wer die aktuellen Diskussionen über den »Wiederaufbau« der ehemaligen DDR und Modernisierungsstrategien für Osteuropa verfolgt, fühlt sich in die 60er Jahre der unbegrenzten Wachstumseuphorie zurückversetzt. Plötzlich haben die Politikmacher wieder Wichtigeres zu tun als sich um die Umwelt zu scheren. Verkehrswege sollen möglichst ohne langwierige Genehmigungsverfahren und lästige »Umweltverträglichkeitsprüfungen« aus dem Boden gestampft werden, Umweltauflagen werden als wachstumshinderlich diskreditiert. Wo es, wie »im Osten«, um ökonomische Neuanfänge geht, wird nicht etwa aus alten Fehlern »im Westen« gelernt, vielmehr können sich nun all jene noch einmal austoben, denen ökosoziale Post-industrialisten unterschiedlichster politischer Coleur in den 80er Jahren das Leben schwer gemacht hatten.

Vieles spricht angesichts dieser Entwicklungen dagegen, daß schnell die notwendigen Anstrengungen unternommen werden, um den ökologischen Umbau nicht nur der westlichen Industriegesellschaften, sondern auch der »Entwicklungsländer«, der »alten« im Süden und der »neuen« im Osten, voranzutreiben, in denen Umweltzerstörung infolge von Armut sowie durch hemmungslosen Raubbau an den natürlichen Reichtümern und Industrialisierungsversuchen auf der Basis veralteter, energieintensiver und umweltzerstörerischer Technologien sich überlagern.

Politisch umsetzbare Erkenntnisse über »Entwicklung und Umwelt« und tragfähige Verknüpfungen von Ökonomie und Ökologie - so scheint es - sind eher rar. Ja noch schlimmer: selbst auf dem Feld der Ökonomie haben die Länder des Nordens nichts rechtes anzubieten. Wer die Siegesfeiern der Apologeten der reinen Marktlehre und die Ausrufer des »Endes der Geschichte« nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der damit einhergehenden Diskreditierung aller kapitalismuskritischen Ansätze ernst genommen hatte, muß nun feststellen,

daß der (neoliberale) Kaiser nackt darsteht und mit Entwicklungskonzepten der 60er Jahre aufwartet, wo es doch um die »Jahrhundertaufgabe« der nachholenden Entwicklung der östlichen Hälfte Europas geht. Zumindest scheint es niemanden im Lager der noch vor wenigen Monaten vom Siegestaumel Gezeichneten zu geben, der dem russischen Präsidenten Jelzin und seinen Kollegen der GUS einen ernstzunehmenden Rat geben könnten, was denn nun wirtschaftspolitisch zu tun sei auf dem Weg zur versprochenen Wohlstandsgesellschaft. Es klingt aberwitzig, aber die linientreuen Ökonomen der Marktwirtschaft, Kenner von Angebots- und Nachfragekurven, Einkommens- und Nachfrageelastizitäten sind sprachlos angesichts der banal erscheinenden Frage, wie man denn nun »Marktwirtschaft macht«. Angesichts dieser ökonomischen Orientierungslosigkeit werden simpelste Modernisierungs- und Wachstumstheorien aus der Mottenkiste hervorgezaubert.

Doch auch kritische Entwicklungstheoretiker sind eher hilflos, haben sich doch sämtliche Versuche von Entwicklungswegen jenseits des Weltmarktes, Abkoppelungskonzepte unterschiedlichster Couleur, von Osteuropa über Lateinamerika, ebenfalls als nicht valide erwiesen. Ist also die einzige Alternative zur »nachholenden Umweltzerstörung« in den Entwicklungsländern eine Orientierung an vorindustriellen Gesellschaften? Deutlich wird, daß weder die Rechte noch die Linke tragfähige »ökonomische Leitbilder« anzubieten haben, die auch den armen Nationen Zukunftsperspektiven aufzeigen könnten. Die Diskussionen um »dauerhafte Entwicklung« im globalen Kontext kranken an diesem Mangel an ökonomischer Entwicklungsperspektive. Ein Strang der Ökologiediskussion in den Industrieländern war lange davon ausgegangen, zur »ökologischen Modernisierung« von im Kern funktionsfähigen Ökonomien beitragen zu müssen, weshalb man sich mit Fragen zur wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu beschäftigen brauchte, während fundamentalistische Ökologen die radikale Abkehr vom Industrialismus und den Weg zu überschaubaren Gemeinschaften mit lokalen Selbstversorgungsstrukturen predigten. Beide Diskurse taugen wenig, wenn es - wie in Osteuropa oder den Ländern des Südens - um manifeste ökonomische und soziale Probleme, den Neuaufbau solider wirtschaftlicher Strukturen sowie die Bewältigung der ökologischen Krise geht. Die fehlende Vernetzung der Ökologiediskussion mit Fragen der sozioökonomischen Entwicklung dürfte der Grund dafür sein, daß nun im Osten Europas längst überholt geglaubte Programme nachholender Entwicklung en vogue sind, während aus der ökologiekritischen Perspektive bestenfalls Schadensbegrenzung versucht, aber keine eigenständigen Konzepte angeboten werden.

Der Brundlandbericht hat sich diesem schwierigen Fragenkomplex gestellt und versucht, die lange kaum miteinander verknüpften Debatten um Entwicklungs- und Modernisierungstheorien und die Ökologieproblematik zu integrieren. Im Gegensatz zum Bericht des »Club of Rome« über das »Ende des Wachstum« wird im Brundlandbericht einerseits Wachstum als notwendiger Faktor der Überwindung des Elends in der Dritten Welt erachtet. In Anlehnung an den Club of

Rome werden jedoch andererseits in dem Konzept »dauerhafter Entwicklung« der Brundlandkommission ausdrücklich Einschränkungen hinsichtlich der bisher zugrundegelegten Wachstumsdynamik genannt. Entwicklung müsse so geartet sein, daß sie ohne Zerstörung der natürlichen Grundlagen des Lebens auf der Erde auf die gesamte, heutige und zukünftige Weltbevölkerung ausdehnbar sei. Es sei von der Erkenntnis auszugehen, daß das ökologische Gleichgewicht von den zwei Polen Armut und Reichtum gleichzeitig bedroht wird und es neben der industrialisierungsbedingten auch armutsbedingte Umweltzerstörung gibt. Darauf gelte es erstens mit einer Strategie der Grundbedürfnisbefriedigung für die ärmsten Gesellschaften zu reagieren, was ein Minimum an quantitativen Wachstum voraussetzt. Zweitens müsse man komplementär dazu eine Obergrenze für das quantitative Wachstum, bzw. eine andere qualitative Form von Wohlstandssicherung (und -steigerung) in den reichen Industrieländern finden.

Im Gegensatz zu den Modernisierungstheorien wird zur Kenntnis genommen, daß der Weg der traditionellen nachholenden Entwicklung für die Entwicklungsländer im Falle des Gelingens zwar Wohlstandssteigerungen bringen, zugleich aber in eine Situation »nachholender Umweltzerstörung« einmünden könne. So konzipierte Entwicklung müsse folglich die globalen Ökologieprobleme weiter verschärfen. In den meisten Entwicklungsländern führte der Versuch der Übertragung westlicher Produktions- und Konsummuster direkt in die Entwicklungssackgasse; weder konnten die Ökologie- noch die Armutproblematik gelöst werden. Zurecht wird zudem darauf verwiesen, daß in den vergangenen Dekaden eine wesentliche Bedingung der »Industrialisierungsleistungen« der Unternehmen in Westeuropa, in den USA und in den Schwellenländern darin bestand, ökologische Kosten »erfolgreich« zu externalisieren, also einen entscheidenden Teil der tatsächlichen Produktionskosten auf die Zukunft und die gesamte Gesellschaft abzuwälzen. Der Brundland-Bericht kommt vor diesem Hintergrund zu dem Ergebnis, daß sich die Entwicklungsländer in Zukunft nicht mehr an den existierenden Gesellschaftsmodellen der Industrieländer orientieren können; diese stehen angesichts der Ökologiekrise selbst unter starkem Veränderungsdruck.

Im Gegensatz zu den Dependenztheorien wird konstatiert, daß die Länder, die bei ihrer bisherigen Industrialisierung Binnenmarktmodelle und dissoziative Entwicklungsstrategien verfolgt haben, heute überproportional unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise zu leiden haben (etwa die lateinamerikanischen Länder). Umgekehrt sind diejenigen Entwicklungsländer, die wie einige asiatische Nationen eine aktive Integration in den Weltmarkt betrieben haben, heute am wenigsten von der ökonomischen Krise erfaßt. Die Konsequenz aus beidem lautet: Dauerhafte Entwicklung kann weder Anschluß an die Industrieländer - im Sinne von »kopierter« Entwicklung - noch Abkopplung von ihnen bedeuten.

Der Brundlandbericht bietet somit kein operationalisierbares Konzept »dauerhaften Entwicklung«, er präzisiert jedoch die wesentlichen Fragen, die sich bei dem Versuch, Ökonomie und Ökologie im globalen Kontext zusammenzubringen, ergeben. Unsere Autoren bemühen sich darum, diese Diskussion voranzutreiben.

Egon Becker beschäftigen sich mit Fragen nach tragfähigen Entwicklungsbegriffen und mit den Perspektiven »dauerhafter Entwicklung«. *Leopoldo Mármora* zeigt, daß die Entwicklungsländer sowie Osteuropa angesichts des Scheiterns aller Abkopplungsmodelle und angesichts der globalen Ökologiekrise vor der Herausforderung stehen, ökonomisch tragfähige Formen der Weltmarktintegration mit »ökologischer Nachhaltigkeit« zu verbinden, was nur gelingen kann, wenn tiefgreifende Veränderungen im Norden vorangebracht werden. *Peter Müller* und *Horst Peter* plädieren aus der Sicht der Industrieländer für einen »Ökosozialismus«, der die Effizienzleistungen des Marktes mit kreativen sozialen und ökologischen Regulierungen verbindet, um die destruktiven Potentiale der Marktwirtschaft zu bändigen. *Peter Henricke* und *Dieter Seifried* zeigen Chancen für eine zukunftsweisende Energiepolitik auf. - Ein Nebenschwerpunkt dieses Hefts bezieht sich auf die »transitionalen« Gesellschaften Osteuropas. *Frank Ettrich* versucht die Legitimationsgrundlagen des realen Sozialismus verständlich zu machen. *Adam Przeworski* fragt, wo die Zukunft des Ostens liege, und vermutet sie eher im Armutskapitalismus des Süden als in den Wohlstandsinseln des Westens. *Hubertus Buchstein* widmet sich den demokratiethoretischen Desideraten der kritischen Theorie, und *Jürgen Hoffmann* beschreibt die neuartigen Herausforderungen an eine Gewerkschaftspolitik, die sich nicht länger im nationalstaatlichen Rahmen bewegen kann.

Die Redaktion

Nachtrag zu PROKLA 85:

Nicole Janigros Artikel zu Jugoslawien wurde aus dem Italienischen übertragen von Roberto Goldin.